Stand: 15.12.2025 10:31:58

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/15133

"Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsnachweisen auch für Arbeitsplatzbewerber und -bewerberinnen ermöglichen"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/15133 vom 25.01.2017
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/16085 des BI vom 23.02.2017
- 3. Beschluss des Plenums 17/16400 vom 06.04.2017
- 4. Plenarprotokoll Nr. 101 vom 06.04.2017



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

25.01.2017 Drucksache 17/15133

Antrag

der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Claudia Stamm und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsnachweisen auch für Arbeitsplatzbewerber und -bewerberinnen ermöglichen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass eine standardisierte Bearbeitung eines individuellen Zeugnisanerkennungsantrags für im Ausland erworbene Bildungsnachweise besteht, ohne die bisherige Prüfung, ob der Antragsteller oder die Antragstellerin die Anerkennung für weiterführende Schulen oder für die Bewerbung auf einen Arbeitsplatz verwenden möchte. Die Prüfung und Bearbeitung dieses Antrags muss innerhalb eines Zeitraums von drei Monaten erfolgen.

Begründung:

Derzeit kann in Bayern eine Prüfung der Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsnachweisen erst dann erfolgen, wenn eine aufnehmende bayerische Bildungseinrichtung (z.B. eine Berufs- oder Fachschule) oder die Firma, bei der sich der Antragsteller oder die Antragstellerin um einen Ausbildungsplatz oder einen Arbeitsplatz bewirbt, dies beantragt. Es muss die Notwendigkeit der Anerkennung des im Ausland erworbenen Bildungsnachweises bei der Zeugnisanerkennungsstelle begründet werden. Ein individueller Antrag auf Prüfung der eigenen im Ausland erworbenen Bildungsnachweise kann somit nicht ohne eine solche Institution erfolgen.

Für im Ausland erworbene Bildungsnachweise und Berufsqualifikationen besteht nach dem gültigen "Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen" seit dem Jahr 2012 ein allgemeiner Rechtsanspruch auf ein Gleichwertigkeitsfeststellungsverfahren. Für die Anerkennung von Schulzeugnissen sind die Bundesländer zuständig.

Dieses bayerische Vorgehen hat sich in der Beratungspraxis als äußerst nachteilig für die Antragstellenden erwiesen. Bei nahezu jeder Bewerbung für einen Arbeitsplatz oder eine Ausbildungsstelle wird die Vorlage von anerkannten Schulzeugnissen vorausgesetzt. Hierbei ist es für die Antragstellenden insbesondere wichtig, dass bei der Antragstellung auf den höchsten vorliegenden allgemeinbildenden Schulabschluss geprüft wird. Nur auf diese Weise kann die Chancengleichheit für Bewerbende mit ausländischen Schulabschlüssen gewährleistet werden.

Ein Schulzeugnis ist für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, ausbildende Betriebe und Fachschulen ein unverzichtbarer Bestandteil jeder Bewerbung, so dass man weder davon ausgehen kann, dass zugewanderte Bewerbende ohne einen transparenten Nachweis der Schulbildung in die engere Auswahl kommen, noch dass dieser in einer späteren Phase der Bewerbung nachgereicht werden kann. Personalabteilungen von Unternehmen können ausländische Abschlüsse ohne eine Anerkennung nicht oder nur schwer einschätzen, so dass diese oft nicht als adäquate Nachweise einer Schulbildung in Bewerbungsverfahren akzeptiert werden.

Die derzeitige Praxis hat sich als ein gravierendes Integrationshemmnis für Migranten und Migrantinnen in allen Bereichen erwiesen und widerspricht damit der offiziellen Politik der Förderung der Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

23.02.2017 Drucksache $17/16\overline{085}$

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Drs. 17/15133

Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsnachweisen auch für Arbeitsplatzbewerber und -bewerberinnen ermöglichen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: Gisela Sengl
Mitberichterstatterin: Carolina Trautner

II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
- Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner
 Sitzung am 23. Februar 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Martin Güll

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

06.04.2017 Drucksache 17/16400

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Ulrich Leiner und Fraktion (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Drs. 17/15133, 17/16085

Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsnachweisen auch für Arbeitsplatzbewerber und -bewerberinnen ermöglichen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe also den Tagesordnungspunkt 3 auf:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der

Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner Sitzung am Dienstag das unter Nummer 1 aufgeführte öffentliche Konsultationsverfahren zu einer multilateralen Form der Beilegung von Investitionsstreitigkeiten abschließend beraten und empfohlen hat, die auf Drucksache 17/16301 ausgedruckte Stellungnahme abzugeben. Ergänzend schlägt er vor, in den Beschluss den Satz "Die Stellungnahme wird unmittelbar an die Europäische Kommission übermittelt" aufzunehmen. Die Beschlussempfehlung und das Abstimmungsverhalten der Fraktionen sind in der aufgelegten Liste aufgeführt.

Wir kommen zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Auch nicht. Dann übernimmt der Landtag die Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Europaangelegenheit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder

Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

 Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union Handel:

Öffentliche Konsultation zu einer multilateralen Reform der Beilegung von Investitionsstreitigkeiten

21.12.2016 - 15.03.2017

Drs. 17/15685, 17/16301 (G) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:

Abweichendes Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	ENTH	A	A

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster, Arif Taşdelen u.a. SPD
 Verantwortung des Freistaates bei Erhalt und Frinnerungskonzent

Verantwortung des Freistaates bei Erhalt und Erinnerungskonzept von Zeppelintribüne und Zeppelinfeld

Drs. 17/14535, 17/16062 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bürgerschaftliches Engagement an Schulen fördern I – Landesweite Koordinierungsstelle für die Umsetzung der Lehr- und Lernmethode des Service Learning/Lernen durch Engagement an Schulen auf den Weg bringen Drs. 17/14701, 17/16083 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A		Α

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bürgerschaftliches Engagement an Schulen fördern II – Qualitätsstandards des Service Learning/Lernen durch Engagement sichern Drs. 17/14702, 17/16084 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A		A

 Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Kathi Petersen u.a. SPD Staatliche Nachlassimmobilien – Eigentum verpflichtet I: Kommunikation verbessern Drs. 17/15125, 17/16193 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Kathi Petersen u.a. SPD Staatliche Nachlassimmobilien – Eigentum verpflichtet II: Kommunalen Handlungsspielraum erweitern Drs. 17/15126, 17/16194 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	A

 Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Kathi Petersen u.a. SPD Staatliche Nachlassimmobilien – Eigentum verpflichtet III: Ursachen auf den Grund gehen Drs. 17/15127, 17/16196 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Verlagerung der Autobahndirektion Südbayern nach Deggendorf sinnvoll gestalten

Drs. 17/15132, 17/16190 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsnachweisen auch für Arbeitsplatzbewerber und -bewerberinnen ermöglichen Drs. 17/15133, 17/16085 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bahnausbau nach Prag Drs. 17/15198, 17/16191 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Finanzierung des Mittelstands weiter ermöglichen – Finanzmarktregulierung für kleine und regionale Banken anpassen Drs. 17/15378, 17/16197 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	A	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kein Abriss von Gundremmingen Block B unter einem beladenen Brennelemente-Becken und bei Weiterbetrieb von Block C Drs. 17/15379, 17/16186 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Bayern barrierefrei: Mehr Sicherheit für Menschen mit Behinderungen durch Markierungen von Anhaltepunkten auf den Bahnsteigen des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs
 Drs. 17/15520, 17/16192 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	a

 Antrag der Abgeordneten Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Reduzierung der Feinstaub- und Stickoxidbelastung in Bayern Drs. 17/15523, 17/16188 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

15.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann, Norbert Dünkel u.a. und Fraktion (CSU) Erkenntnisse aus der gemeinsamen Übung von Polizei und Bundeswehr Drs. 17/15812, 17/16151 (G)			
	Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Votum des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				A
16.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD) Gemeinsame Terrorismusabwehr-Exercise (GETEX) Drs. 17/15841, 17/16149 (E)			
	Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
17.	Dringlichkeitsantrag d Thomas Gehring u.a.		arina Schulze, Ludwig IS 90/DIE GRÜNEN)	Hartmann,

FREIE WÄHLER

FREIE WÄHLER

Α

Z

GRÜ

GRÜ

Z

Z

Keine schleichende Militarisierung der Innenpolitik

SPD

SPD

Z

Α

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Drs. 17/15842, 17/16145 (A)

hinsichtlich Nr. 1 des Antrags

hinsichtlich Nr. 2 des Antrags

CSU

CSU

Α

Α

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD Ausspähungsversuche durch die türkische Regierung in Bayern Drs. 17/15643, 17/16150 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Expertenanhörung zum Sitzzuteilungsverfahren d'Hondt bei Kommunalwahlen im Freistaat Drs. 17/15943, 17/16126 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Die CSU-Fraktion hat beantragt, das Votum "Zustimmung" zugrunde zu legen

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum "Zustimmung" zugrunde zu legen

 Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Hans-Ulrich Pfaffmann, Inge Aures u.a. SPD

Regelmäßige Information des Ausschusses über Auslandsreisen der Europaministerin

Drs. 17/15824, 17/16177

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

der den Antrag für erledigt erklärt hat.